

***Zwischen «Europhorie» und Europaskepsis:
Europapolitische Cleavages in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
zwischen 1990 und 2004***

Abstract

Am 26. Mai 2021 bricht der Bundesrat die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der Europäischen Union ab. Dieses einschneidende Ereignis erzählt viele Geschichten – darunter auch jene einer europapolitisch tief gespaltenen Sozialdemokratie. Davon ausgehend fragt die vorliegende Masterarbeit nach der Entwicklung sowie den innerparteilichen Meinungsbildungsprozessen der sozialdemokratischen Europapolitik. In einem politikgeschichtlichen Ansatz untersucht sie diese entlang der drei Cleavages Sprache, Alter und Gewerkschaftsnähe. Dabei steht der Zeitraum von 1990 bis 2004 im Zentrum. Der Arbeit liegen Protokolle parteiinterner Verhandlungen, Positionspapiere, Dokumentationen von Parteitag, innerparteiliche Korrespondenzen sowie Zeitungsartikel zugrunde.

Die Analyse bildet den europapolitischen Spagat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) zwischen ihrem Streben nach aussenpolitischer Öffnung und einem linken Protektionismus bei innenpolitischen Kernanliegen wie Lohn- oder Umweltschutz ab und zeigt, wie «Europa» für die Schweizer Sozialdemokratie von einer aussenpolitischen Vision zu einer innenpolitischen Verhandlungssache wird. Dieser Prozess wird in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre im Kontext der bilateralen Verhandlungen primär durch eine stark gewerkschaftlich geprägte Debatte beeinflusst. Zu Beginn der 1990er-Jahre sowie nach der Jahrtausendwende – und damit immer dann, wenn es in Europa um das Verhältnis zwischen einem linken, proletarischen und einem neoliberalen Internationalismus geht – steht die sozialdemokratische Europadebatte aber auch unter dem Einfluss des sprachlich-kulturellen Cleavages und des Alterscleavages. Auf einer übergeordneten Ebene zeigt diese Arbeit damit exemplarisch auf, wie innerhalb der SP Schweiz konkrete Partikularinteressen, unterschiedliche soziodemografische Merkmale und jeweils andere Erfahrungshintergründe auf die Europapolitik einwirken.